

**Lukas Freiberger**, Linke

E-Mail: % Gabi Faulhaber, Die Linke Wetterau [gabi.faulhaber@posteo.de](mailto:gabi.faulhaber@posteo.de)

## **Pendlermobilität**

Der Wetteraukreis ist ein ausgeprägter Pendler-Landkreis. Wie stehen Sie vor diesem Hintergrund zu dem geplanten Ausbau der A5 zwischen der Anschlussstelle Friedberg und dem Frankfurter Kreuz auf bis zu zehn Spuren? Wenn Sie den Ausbau für notwendig halten: Für welche Maßnahmen zur Bewältigung des zusätzlichen Verkehrs auf den Zubringerstraßen im Wetteraukreis werden Sie sich einsetzen? Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Pendlerströme weg vom motorisierten Individualverkehr zu lenken?

*DIE LINKE. Wetterau ist für einen massiven Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs. Wir setzen nicht auf den weiteren Ausbau des Individualverkehrs. Den 10-spurigen Ausbau der A5 lehnen wir ab.*

## **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

Der ÖPNV im Wetteraukreis steht derzeit wegen häufiger Verspätungen, Zugausfällen, mangelnder Fahrgastinformation, etc. in der Kritik. Durch welche infrastrukturellen und betrieblichen Verbesserungen kann die Zuverlässigkeit des ÖPNV aus Ihrer Sicht am effizientesten und schnellsten gesteigert werden? Können Sie konkrete Ausbaumaßnahmen im ÖPNV nennen, die Sie unterstützen werden (z. B. Taktverdichtung, Umsteigezeiten, Kapazitätsausbau, Elektrifizierung, etc.)?

*Es braucht ein öffentliches Investitionsprogramm für Verkehrsinfrastruktur. Statt ein Sondervermögen für die Rüstung braucht es ein Sondervermögen für den ÖPNV. Die Kapazität muss erweitert und die Taktzeiten müssen verringert werden. Zudem braucht es soziale Fahrpreise: 9 Euro-Ticket oder kostenlosen Nahverkehr.*

*Auch auf dem Land sind dichtere öffentliche Verkehrsverbindungen nötig. Autoverkehr kann in ländlichen Regionen sicher nicht überall abgebaut werden. Dennoch ist der Ausbau des ÖPNV auch in der Fläche notwendig und ermöglicht damit perspektivisch mehr Menschen den Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel.*

*Dem Personalmangel kann mit guten Arbeitsbedingungen und guten Tariflöhnen entgegengewirkt werden. In den Schulen und auf Berufsmessen kann dann der ÖPNV als angesagter Arbeitsplatz punkten. Auch sollte es ein Anwerbeprogramm für junge Geflüchtete geben.*

## **Förderung und Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs**

Die Novelle des Straßenverkehrsgesetzes gibt den Kommunen mehr Freiraum bei der Gestaltung 3 der Verkehrsströme. Wie stehen Sie zur Förderung von Maßnahmen, die den über- und innerörtlichen Fuß- und Radverkehr sicherer und attraktiver machen (z. B. Ausbau von Radwegen, sichere Abstellanlagen, Bahn & Bike, steuerliche Anreize, etc.)? Welche Möglichkeiten unterstützen Sie, um die Sicherheit des Fuß- und Radverkehrs insbesondere im Umfeld von Schulen zu erhöhen (z. B. Einführung von Schulstraßen, temporäre Sperrung von Straßen vor Schulen, Bicibus, etc.)?

*Wenn Straßen saniert oder neu gebaut werden, muss wo immer es geht, auch ein Radweg entstehen.*

*Innerörtlich können Radstreifen ausgewiesen werden, wenn die Straßen breit genug sind bzw. man kann die Fahrbahnen verengen. Außerhalb der Ortschaften muss es zuerst einen Lückenschluss bestehender Radwege geben. Feldwege sollten zu Radwegen umgebaut werden und damit können neue Radverbindungen entstehen. Wichtig ist, dass Alltagsrouten geschaffen werden – ohne große Umwege – damit der Arbeitsplatz / die Schule / der Supermarkt / die Ärzte / die Verwaltungen direkt erreichbar sind.*

*Schulwege für Fahrräder sind mir sehr wichtig. Alltagssport kann nicht früh genug beginnen. Dafür braucht es eine regionales Konzept.*

## **Planungs- und Finanzierungsaspekte**

Wie stehen Sie zu der u. a. von ADAC und ADFC geforderten Planungsbeschleunigung beim Bau von Radwegen an Bundes- und Landesstraßen sowie von Radschnellwegen? Wie stellen Sie sich die verlässliche Bereitstellung von Finanzmitteln durch den Bund an Länder und Kommunen zur Umsetzung einer zukunftsweisenden, klimagerechten Verkehrspolitik vor?

*Wir unterstützen die Pläne des ADAC und ADFC. Wie oben bereits angedeutet, sind wir für ein großes Infrastruktur-Investitionsprogramm. Wir wollen große Vermögen und Superreiche zur Finanzierung der Aufgaben des Gemeinwesens heranziehen: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine angemessene Erbschaftsteuer (besonders für Millionen-Erbschaften) und die Besteuerung großer Einkommen. Der Rüstungsetat wollen wir senken.*